Ä247

## **Kapitel**

**Initiator\*innen:** Michael Labetzke (KV Bremerhaven)

Titel: Ä247 zu WP3: Was die Erde von uns braucht

## **Text**

## Von Zeile 5836 bis 5837 einfügen:

wollen wir die Unternehmen dabei unterstützen, ihre Beschäftigten für Weiterbildungen besser freistellen zu können.

Für den Wegfall von 4.000 Arbeitplätzen in der Off-shore-Industrie in kürzester Zeit, für den die Vorgängerregierung im Bund verantwortlich ist, fordern wir Ausgleichszahlungen und Strukturhilfen annalog dem Kohleausstieg. Das können beispielsweise finanzielle Unterstützungen, Ansiedlung von Bundesbehörden und -Instituten, Stärkung von Wissenschaft und Forschung sowie Häfen der Zukunft sein.

## Begründung

Ende 2020 hat die Bundesregierung von SPD & CDU/CSU den Ausstieg aus der Kohleverstromung und eine parallele Stärkung der Wirtschaftsstruktur in den betroffenen Regionen beschlossen. Bis zu 40 Milliarden € stellt der Bund bis 2038 dafür zur Verfügung. Als Kompensation für wenige 10.000 Arbeitsplätze. Schon nach einem Jahr wurden viele Vorhaben mit Milliardensummen umgesetzt und es wurden 2.140 Stellen durch die Ansiedlung von Behörden in den Kohleregionen geschaffen.

Die notwendige Debatte Für die durch die Vorgängerregierung durch die Deckleung des Windkraftausbau aus See 4.000 weggefallenen Arbeitsplätze in de Seestadt

fordern wir Ausgleichszahlungen und Strukturhilfen wie beispielweise finanzielle Unterstützungen, Ansieldung von Bundesbhörden und -Instituten, Stärkung von Wissenschaft und Forschung sowie Häfen der Zukunft. durch den Wegfall von 4.000 Arbeitsplätzen in Bremerhaven in der Windenergie in kürzester Zeit durch die staatlich verordnete Deckelung des Offshore-Anlagen-Bau - heute mehr denn je benötigt - blieb aus. Bremerhaven war - nach Wegfall der Fischindustrie, der Werftenkrise und dem Abzug der amerikanischen Streitkräfte - wieder einmal alleingelassen. Eine Stadt mit knapp 120.000 Einwohnern in einer ohnehin Wirtschaftsrandzone kann einen solchen Verlust von hochqualifizierten Arbeitsplätzen zudem einer absoluten Zukunftsindustrie nicht im Ansatz kompensieren. Auch das Land Bremen hat - direkt und indirekt - einen hohen finanziellen Schaden erlitten, der Wegfall eines ganzen Industriezweiges belastet noch heute den Bremer Landeshaushalt.

Von daher fordern wir den Bremer Senat auf, mit folgenden Forderungen an den Bund herauszutreten

- Finanzielle Unterstützungen für den städtischen Haushalt in Bremerhaven
- Stock afferm garrodre shifaaustalitkinu i Efricemolieen of Kosampteen Statiroson) höpfungskette entlang
- BeüfOffghobedA/indaiadtetrRelardterrRegio Bremerhaven ohne erforderliche Ausschreibung erfolgen kann im Sinne einer direkten Strukturhilfe zum
- Präalingottverunges bebeitsprätzeuch Teile davon, Außenstellen etc. in
- Btärkerigaven Wanssinschaltwerden in der Aspekt des Meeresschutzes und Klimaschutzes sowie -anpassung an der Hochschule
- Boetranfendnagvenndsbinniænder ubtreprenenteraDen extenden stit Alleandem i e für das
- Wintenstantzlungribeilen Brunfoleststellachreben/een/deststelltWasserstoff-Clusters